

Staatsministerium Baden-Württemberg

- Der Ministerpräsident -

Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart

Landesstudierendenvertretung  
Baden-Württemberg

c/o Studierendenrat der  
Universität Tübingen  
Clubhaus  
Wilhelmstraße 30  
72074 Tübingen

[www.lastuve-bawue.de](http://www.lastuve-bawue.de)

Mail: [praesidium@lastuve-bawue.de](mailto:praesidium@lastuve-bawue.de)

18.05.2020

## **Studieren in Zeiten von Corona - soziale Notlage gemeinsam bewältigen**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

Deutschland steht in der aktuellen Corona-Pandemie vor gesellschaftlichen Herausforderungen unbekanntes Ausmaßes. Nie zuvor waren die Einschnitte im gesellschaftlichen Leben aufgrund einer Pandemie so weitreichend, die Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt so gravierend. Auch die Studierenden trifft die Corona-Pandemie in Deutschland hart. Schätzungsweise 750.000 Studierende stecken seit zwei Monaten in existenziellen finanziellen Notlagen. Sie haben ihren Nebenjob verloren oder ihre laufenden Arbeitsverträge wurden nicht verlängert. Viele dieser Studierenden wissen seit Wochen nicht, wie sie ihre Miete, Lebensmittel oder weitere Verbindlichkeiten zahlen sollen. An ein sorgenfreies und reguläres Studium ist für diese Menschen gar nicht zu denken. Viele werden in den nächsten Wochen und Monaten ihr Studium aus finanziellen Gründen abbrechen müssen, einige haben es schon getan. Denn leider hat die Politik in den letzten zwei Monaten im Allgemeinen sehr wenig für die drei Millionen Studierenden in Deutschland unternommen. Studierende, die ihren Verdienst zumeist mit mehreren Nebenjobs bestreiten, können kein Kurzarbeitergeld beziehen und werden stattdessen in der Regel schlicht und ergreifend aus ihrem Arbeitsverhältnis gekündigt. Auch der Bezug von Arbeitslosengeld II während eines Studiums ist ausgeschlossen. Sie fallen damit durch alle Sicherungsnetze unseres Sozialsystems. Viele warten daher seit Monaten auf ein politisches Signal zur Sicherung ihrer Existenz.

Erst nach eineinhalb Monaten hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine "Lösung" für in Not geratene Studierende präsentiert. Nach dieser sollen die Gelder sogar erst zum 1. Juni für einen Teil der EU-Studierenden und zum 1. Juli für ausländische Studierende fließen. Viele Studierende hatten bis dahin einen Ausfall von annähernd drei Monateinkünften. Diese "Lösung" besteht aus geringfügigen Anpassungen der Bedingungen des bereits seit 2006 bestehenden KfW-Studienkredits sowie der Aufstockung der Hilfsfonds von Studierendenwerken. Doch sie verkennt die Realität der Studierenden. Viele Studierende werden sich durch den Kredit verschulden, die Zuschüsse an die Studierendenwerke stehen aktuell noch gar nicht zur Auszahlung bereit und werden

Marc Baltrun  
Sprecher

Andreas Bauer  
Sprecher

Dominik Birkenmaier  
Sprecher

Claus-Peter Käßlinger  
Sprecher

Tasson Ruenpirom  
Sprecher

bei Weitem nicht ausreichen. Eine verschuldete Studierendengeneration darf es unter keinerlei Umständen geben und ist die schlechteste "Lösung", die sich der Bildungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland leisten konnte.

### **Kreditbürde für eine ganze Studierendengeneration**

An den Konditionen des KfW-Studienkredits ändert sich in der Krisenlösung nur, dass dieser auch für internationale Studierende – befristet auf neun Monate – zugänglich ist und in der Anfangszeit - bis März 2021 - zinsfrei ausgezahlt wird. Das bedeutet jedoch, dass nach dem 31.03.2021 ganz normal Zinsen anfallen. Dementsprechend führt diese Lösung zu einer Gesamtzinslast von mehreren tausend Euro für die Studierenden, während der Bund davon gerade einmal bis zu 150 € trägt, wie sowohl wir Studierendenverbände [1] als auch die GEW [2] vorrechneten. Prinzipiell gilt: Je schlechter es den Studierenden finanziell geht, desto höher die Zinslast - auch in der Krise! Auch für internationale Studierende aus sogenannten Drittstaaten kann u.a. aufgrund einschränkender Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt wie der 120-Tage-Regel, die Rückzahlung eines Kredits besonders herausfordernd sein [3]. Hier von einem zinslosen Kredit zu sprechen, ist nicht richtig. Wirklich offen kommuniziert wurde dieser Umstand bisher nicht.

Es kommt hinzu, dass sich auch bei den Voraussetzungen für den Kredit nichts ändert. Das heißt, dass Studierende, die bereits vor der Krise einen Studienkredit aufgenommen und noch nicht zurückgezahlt haben, keinen weiteren Kredit als "Überbrückungshilfe" aufnehmen können. Auch Studierende, die über dem 10. Fachsemester sind, bekommen bei der KfW keinen Kredit. Einerseits benachteiligt das Studierende im Diplom oder Staatsexamen gegenüber Bachelor und Master, andererseits ist die Regelstudienzeit generell schwer einzuhalten. Nur knapp 40 % der Studierenden schließen laut den Zahlen des Statistischen Bundesamtes ihr Studium in Regelstudienzeit ab [4]. Damit fallen immer noch enorm viele Studierende durchs Raster.

Die monatliche Kredithöhe beträgt bis zu 650 € pro Kopf. Es ist unvorstellbar, mit einer solchen Summe in Großstädten wie München, Köln oder Hamburg seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Das Existenzminimum für einen alleinstehenden 1-Personen Haushalt wurde für das Jahr 2020 auf 9.168 € festgelegt. Dies sind monatlich 784 € und damit mehr als die maximale Antragssumme des KfW-Kredits. Bedarfsgerecht ist also selbst die höchste zu beantragende Summe nicht.

### **Zuschüsse als sozialverträgliche Lösung**

Dabei wäre mehr Geld vorhanden. Im Jahr 2019 wurden um die 900 Mio. € an veranschlagten BAföG-Mitteln nicht abgerufen. Das ist Geld, welches für die Studierenden vorgesehen war. Eine Verwendung dieser Mittel würde sich für

eine zielgerechte und faire Zuschusslösung hervorragend eignen. Dass es lediglich 100 Mio. € von einer knappen Milliarde in den Topf geschafft haben, ist aus unserer Sicht eine magere Bilanz.

### **Studienfinanzierung zukunftssicher gestalten**

In der Krise zeigt sich auch, dass das BAföG nicht mehr auf die Studienrealität und die Lebenswirklichkeit der Studierenden ausgerichtet ist. Das BAföG muss endlich die Rolle einnehmen, für die es ursprünglich konzipiert war, nämlich eine echte Ausbildungsförderung und ein soziales Sicherungsnetz für Studierende zu sein ohne die zwingende Notwendigkeit und die zwingende Abhängigkeit von einem Job neben dem Studium. Die Infrastruktur für das BAföG besteht längst und müsste lediglich der veränderten Lebensrealität und der veränderten heterogenen Studierendengruppe angepasst werden.

Nutzen Sie jetzt diese historische Situation, um für gesicherte Ausbildungsverhältnisse und finanzielle Sicherung der Studierenden zu sorgen. Aus den Erfahrungen der letzten Monate muss die Erkenntnis erwachsen, dass viele Notlagen von Studierenden hätten vermieden werden können, wenn es eine gesicherte Studienfinanzierung für alle gegeben hätte. Seit Jahrzehnten plädieren viele für ein verbessertes BAföG. Die finanzielle Absicherung des Studiums darf nicht nur eine politische Forderung bleiben, sie ist ein grundlegender Baustein für eine gut ausgebildete zukünftige Gesellschaft.

### **Gemeinsam stark - Bund und Länder für die Studierenden**

Studierenden muss in dieser außergewöhnlichen Situation finanziell geholfen werden. Dafür müssen sich der Bund und die Länder davon abwenden, die Zuständigkeiten für die soziale Notlage der Betroffenen beim jeweils anderen zu sehen. Nach zwei Monaten Stillstand und Existenznot für hunderttausende Studierende muss dieser Verschiebebahnhof der Verantwortlichkeiten endlich beendet werden. Klare Aussagen und konkrete, umsetzbare Hilfen für die in Not geratenen Studierenden sind dringend erforderlich. Die Zukunft des Wissenschaftsstandortes Deutschland ist in Gefahr, wenn Studierende, die das Hochschulwesen mit Leben erfüllen, diesen reihenweise verlassen müssen.

Auch muss die Darlehenslösung des Bundes dringend überdacht werden. Die drohende Zinslast durch den "zinslosen" KfW-Kredit für Studierende führt zu einer verschuldeten Studierendengeneration. Das Problem der Finanzierung wird mit einem Kredit anstatt eines Zuschusses nur in die Zukunft hinausgeschoben. Die Studierenden, die sich nun notgedrungen dafür entscheiden, einen solchen Kredit aufzunehmen, müssen bei der derzeit vorgeschlagenen Lösung noch während des Studiums die Rückzahlung finanziell stemmen.

**Wir fordern daher ein Bund-Länder-Programm zur Aufstockung der Zuschüsse an die Studierendenwerke auf mindestens 900 Millionen Euro. Für eine bedarfsgerechte nachhaltige Finanzierung der Studierenden in der**

**Krise ist jedoch mehr als diese knappe Milliarde Euro nötig. Die Mittel müssen allen Studierenden zugänglich sein und abseits der Bedürftigkeit an keine weiteren Bedingungen geknüpft werden.**

Eine solidarische Gesellschaft profitiert davon, wenn sie Verantwortung für den wissenschaftlichen Nachwuchs der Bundesrepublik Deutschland übernimmt, und damit ebenso in ihre Zukunft, in angehende Ingenieur\*innen, Ärzt\*innen, Lehrer\*innen, Sozialpädagog\*innen und Wissenschaftler\*innen investiert. Die Studierenden von heute sind die Krisenmanager\*innen von morgen. Machen Sie dieses Land auch in Zukunft krisenfest und helfen Sie den in Not geratenen Studierenden – durch bedarfsdeckende Zuschüsse, durch ein reformiertes BA-föG für alle, sowie durch schnelle und vor allem unbürokratische Hilfe. Sichern Sie die zukünftige Generation!

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Bauer  
Sprecher der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg

#### **QUELLENVERWEISE**

- [1] <https://latnrw.de/2020/05/06/pressemitteilung-staat-verdient-an-studierenden-in-not/>
- [2] <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/darlehen-fuer-studierende-in-not-im-ansatz-voellig-verfehlt-a-c514de36-2c90-4f36-9485-af7ba52a5ab6>
- [3] [http://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_16b.html](http://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/_16b.html)
- [4] [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2016/05/PD16\\_181\\_213.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2016/05/PD16_181_213.html)
- [5] [http://www.sozialerhebung.de/download/21/Soz21\\_hauptbericht.pdf](http://www.sozialerhebung.de/download/21/Soz21_hauptbericht.pdf)

#### **UNTERSTÜTZER\*INNEN**

##### **Bundesstudierendenvertretungen**

Bundesverband ausländischer Studierender (BAS)  
Studierendenrat des Deutschen Studentenwerks (DSW)  
Studierendenschaften im Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD)  
e.V.  
freier Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) e.V.

##### **Landesstudierendenvertretungen**

Brandenburgische Studierendenvvertretung/BRANDSTUVE  
Konferenz Sächsischer Studierendenschaften  
Landes-ASten-Konferenz Bayern  
Landes-ASten-Konferenz Niedersachsen  
Landes-ASten-Konferenz Rheinland-Pfalz

Landes-ASten-Konferenz Saarland  
 Landes-ASten-Treffen Nordrhein-Westfalen  
 Landeskonferenz der Studierendenschaften Mecklenburg-Vorpommern  
 Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg  
 Studierendenräte Konferenz Sachsen-Anhalt

### **Hochschulpolitische Gruppen - bundesweit**

Campusgrün - Bundesverband grüner und grün-alternativer Hochschulgruppen  
 Juso-Hochschulgruppen  
 Linksjugend [!solid]

### **Bundesfachschaftentagungen**

Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd)  
 GeoDACH - Vertretung Deutschsprachiger Geographiestudierender e.V.  
 Gestein – Geowissenschaftliches Studentisches Erfahrungs- und Interessens-  
 netzwerk e.V.  
 Zusammenkunft aller Physikfachschaften (ZaPF)

### **Studierendenvertretungen der Hochschulen**

AStA CAU zu Kiel  
 AStA FH Aachen  
 AStA der RWTH Aachen  
 AStA Medizinische Hochschule Brandenburg  
 AStA TU Dortmund  
 AStA TU Kaiserslautern - Referat für Politische Arbeit  
 AStA Universität Mainz  
 AStA der Europa-Universität Viadrina  
 AStA der FH Bielefeld - Hochschulpolitisches Referat  
 AStA der Frankfurt University of Applied Sciences  
 AStA der Goethe-Universität Frankfurt  
 AStA der Hochschule für Gesundheit Bochum  
 AStA der Universität Bonn  
 AStA der Universität Münster  
 AStA der Universität Potsdam  
 AStA der Universität Trier  
 AStA der Universität zu Köln  
 AStA der Deutschen Sporthochschule Köln  
 FSR-ASW TH Köln - Fachschaftsrat Angewandte Sozialwissenschaften  
 FsVK TH Köln - FachschaftsVertreter\*innenKonferenz  
 StuPa der Europa-Universität Viadrina  
 StuRa TU Chemnitz  
 StuRa TU Dresden  
 StuRa Zwickau  
 Studierendenvertretung FAU Erlangen-Nürnberg  
 Studierendenvertretung Hochschule München  
 Verfasste Studierendenschaft der Universität Tübingen

Studiengangssprecher B.A. Sport, Erlebnis und Bewegung Sporthochschule  
Köln

Studiengangssprecher\*in Lehramt Staatsexamen Sporthochschule Köln

### **hochschulpolitische Gruppen - lokal**

Campusgrün Bayern

GEW Studis Brandenburg

Grüne Jugend Brandenburg

Jusos sowie Juso-Hochschulgruppen Rheinland-Pfalz

Linksjugend [solid] Brandenburg

campus:grün köln

campus:grün Sporthochschule Köln

Bunte Liste Sporthochschule Köln

DGB Hochschulgruppe Potsdam

DIE LINKE.SDS Potsdam

Die LISTE FAU Erlangen-Nürnberg

Die Linke.SDS TU Dresden

Campusgrün Mainz

Grüne Hochschulgruppe Bonn

Grüne Hochschulgruppe Potsdam

Grüne Hochschulgruppe Tübingen

Juso-Hochschulgruppe Bonn

Juso-Hochschulgruppe Kaiserslautern

Juso-Hochschulgruppe Kiel

Jusos sowie Juso-Hochschulgruppe Mainz

Juso-Hochschulgruppe Universität Köln

Juso-Hochschulgruppe Technische Hochschule Köln

Jusos sowie Juso-Hochschulgruppe Trier

Links-Grüne Fraktion Europa Universität Viadrina

unter\_bau Hochschulgewerkschaft